

**\* Sicherheitsausschuß und Erwerbslosenfürsorge.** Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit der Vorlage über die Errichtung eines Volksausschusses zum Schutze gemeinnütziger Einrichtungen.

In der Besprechung wies Stadtv. Döhring (Fr. Fraktion) darauf hin, daß das Gefühl der Unsicherheit von Person und Privatigentum gegen ungesetzliche Eingriffe weite Kreise ergriffen habe. Die tatsächlichen Berliner Verhältnisse werden jetzt zwar nicht nur in Berlin selbst, sondern auch außerhalb Berlins schwarzer geschildert, als sie in Wirklichkeit sind. Das nicht wegzuweisende Gefühl der Unsicherheit habe hauptsächlich seinen Grund darin, daß Waffen vielfach in unrichtige Hände gekommen und höchst bedenkliche Personen aus dem Gefängnis befreit worden seien.

Stadtv. Cassel (B.) erklärte, daß seine Freunde dem Antrag zustimmen, es aber für wünschenswert und zweckmäßig halten, wenn man auch die bürgerlichen Organisationen zur Mitwirkung an dem Volksausschuß aufgerufen hätte. Diese Mitwirkung würde auch voll gewährt worden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen tue man viel besser, wenn man, im Vertrauen darauf, daß unsere Exekutive alles Notwendige tut, ruhig an die Erledigung seiner Geschäfte geht und wir alle trotz der Umwälzung aller Verhältnisse nach wie vor mitwirken an der Erledigung der Aufgaben der städtischen Verwaltung. Damit mühen wir der öffentlichen Ruhe und Sicherheit am besten. Stadtrat Sassenbach: Die Gründung des Ausschusses war ganz plötzlich erfolgt, Eile war mehr als nötig. Es lag jedenfalls keinerlei böse Absicht darin, daß man die bürgerlichen Organisationen nicht hinzugezogen hatte.

Für die Kriegshinterbliebenenfürsorge werden weitere Mittel bewilligt, und zwar 150 000 M. für das Kalenderjahr 1918 und 500 000 M. für das Jahr 1919.

Zur Vorlage, betr. die Einführung einer Erwerbslosenfürsorge, bemerkte Oberbürgermeister Dr. Wenmuth: Die Zahl der Arbeitslosen schwollt in ganz erheblicher Weise an. Wir haben bis zum heutigen Tage bereits Anmeldungen von mehr als 19 000 Erwerbslosen bloß für Berlin; das ist ein außerordentliches Anschwellen nicht nur gegenüber den Kriegsjahren, sondern auch den Jahren vor dem Kriege. Der Demobilisationsausschuß Groß-Berlin hat deshalb am gestrigen Tage beschlossen, die Erwerbslosenfürsorge sofort einzuführen, welche für Berlin und die fünf großen Nachbarstädte schon seit dem 25. November in Wirksamkeit ist. Ich spreche die nachdrücklichste und ernsteste Mahnung an alle noch im Rückstande befindlichen beteiligten Gemeinden aus, dafür zu sorgen, daß spätestens bis Ende dieser Woche damit vorgegangen wird. Wer es daran fehlen läßt, lade eine große Verantwortlichkeit auf sich. — Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen.

Eine Vorlage, betr. die Zahlung einer einmaligen Feuerungszulage und einer einmaligen Kriegsbeihilfe für die im Dienste der Stadt Stehenden, fand die Zustimmung der Versammlung.